



BUNDESMINISTERIN FÜR SOZIALE SICHERHEIT
GENERATIONEN UND KONSUMENTENSCHUTZ
Ursula Haubner

XXII. GP.-NR

3029/AB

2005 -07- 22

zu 3067/J

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Parlament
1010 Wien

(5-fach)

GZ: BMSG-10001/0154-I/A/4/2005

Wien, 21.07.2005

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 3067/J der Abgeordneten Ruth Becher und GenossInnen** wie folgt:

Frage 1:

Nein, dem Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) werden keine Ressourcen meines Ressorts zur Verfügung gestellt.

Fragen 2 bis 9:

Es wurden und werden auch keine Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen meines Ressorts „als Zuarbeiter des BZÖ abgestellt“ bzw. zum Zwecke der BZÖ-Parteiarbeit herangezogen.

Fragen 10 bis 12:

Dem BZÖ wurden und werden durch mein Ressort auch keine Sachleistungen zur Verfügung gestellt.

Fragen 13 bis 15:

Das von den Abgeordneten angefragte Informationsprojekt, welches tatsächlich unter dem Titel „Zukunft Soziales Österreich“ läuft, ist die konsequente Fortführung meines Weges zu mehr Bürgernähe und direktem Bürgerkontakt. Es handelt sich dabei um keine parteipolitische Veranstaltung; es handelt sich vielmehr um ein

Informationsprojekt meines Ressorts, durch das den Bürgerinnen und Bürgern ihre Möglichkeiten und Rechte im Familien- und Sozialbereich erläutert bzw. näher gebracht werden sollen. Gleichzeitig soll das soziale Verständnis für die Bedürfnisse auf diesen Gebieten - insbesondere auch im Pflege- und Behindertenbereich - geweckt werden. Auch wird den Bürgern immer die Möglichkeit geboten sich mit Fragen und persönlichen Anliegen an mich und meine Mitarbeiter zu wenden.

Schon in meiner Zeit als Staatssekretärin habe ich zahlreiche Bürgersprechtage abgehalten. Diese Bürgersprechtage wurden nunmehr in einer konzentrierten Form mit Besuchen der Landesstellen des Bundessozialamtes in den einzelnen Bundesländern, Besuchen von sozialen Einrichtungen, die von meinem Ressort finanziell unterstützt werden, und - wo möglich - auch mit politischen Gesprächen mit den Landeshauptleuten gekoppelt. Ebenso wurde auch versucht durch gezielte Termine mit Lokalmedien, die Tätigkeit meines Ressorts auf breiter Basis bekannt zu machen. Beispielhaft sind hier auch die von mir abgehaltenen Telefonsprechstunden in Lokalradios zu nennen.

Da ich auch in Zukunft meine konsequente Informationspolitik für die Basis der österreichischen Bevölkerung fortsetzen möchte, werden im Herbst auch weitere Bürgersprechtage stattfinden und es sind daher die Kosten, die sich aus diesen Bürgersprechtagen ergeben, noch nicht endgültig absehbar.

Frage 16:

Bürgersprechtage im Rahmen des Projektes „Zukunft Soziales Österreich“ wurden bis dato am 13.5.2005 in Spittal/Drau, am 17.5.2005 in Deutschlandsberg, am 23.5.2005 in Wr. Neustadt und am 1.6.2005 in Bregenz abgehalten. Am 15. Juni fand ein Bürgersprechtage in Niederösterreich, am 24. Juni ein Sprechtag in Tirol, sowie am 14. Juli 2005 ein Besuchs- und Sprechtag in der Steiermark statt.

Weiters hielt der Herr Staatssekretär Dolinschek am 20.5.2005 in Graz, am 18.5.2005 in Wien, und am 11.3.2005 vormittags in Kapfenberg sowie nachmittags in Knittelfeld einen Bürgersprechtage ab.

Frage 17:

An allen Bürgersprechtagen nahm meine persönliche Referentin, Frau Mag. Elisabeth Planner teil; weiters nahmen teil am 13. Mai, 17. Mai und 15. Juni mein Fachreferent für Bürgerservice, Herr Harald Kosobud, am 13. und 17. Mai meine Fachreferentin für Sozialversicherungs- und Pensionsrecht, Frau Mag. Ingrid Schachinger, am 23. Mai mein stellvertretender Kabinettschef Herr Mag. Jörg

Teufelberger, am 23. Mai und am 24. Juni der Fachreferent für Pflege- und Behindertenwesen im Staatssekretariat, Herr Mag. Gero Stuller sowie am 1. Juni Frau Mag. Brigitte Parkas vom Familienservice der Sektion V meines Ressorts. Zum Besuchs- und Bürgersprechtage am 14. Juli in der Steiermark wurde ich neben Frau Mag. Planner auch vom Pressesprecher des Staatssekretärs, Herrn Gerald Grosz begleitet.

An den Sprechtagen des Herrn Staatssekretärs Dolinschek nahmen folgende Mitarbeiter teil:

- am 11. März (Bürgersprechtage in der Steiermark): Kabinettschef Mag. Gibitz, Fachreferent für Pflege- und Behindertenwesen Mag. Gero Stuller, persönlicher Referent des Herrn Staatssekretärs Steward Altvater;
- am 18. Mai (Bürgersprechtage in Wien): Kabinettschef Mag. Gibitz, Fachreferent für Pflege- und Behindertenwesen Mag. Gero Stuller, persönlicher Referent des Herrn Staatssekretärs Steward Altvater, sowie Pressesprecher Gerald Grosz,
- am 20. Mai (Bürgersprechtage in der Steiermark): Pressesprecher Gerald Grosz, Fachreferent für Pflege- und Behindertenwesen Mag. Gero Stuller.

Frage 18 und 19:

Ein organisatorisches Gesamtkonzept liegt nicht vor; es wird jeder Tag einzeln organisiert und die Planung richtete sich auch häufig nach dem Terminkalender der jeweiligen Landeshauptleute, da auf dieses Gespräch sehr viel Wert gelegt wurde und wird.

Frage 20:

Es wurde kein „ oranges Werbetour-Konzept“ erstellt.

Die Bürgersprechtage wurden vom Fachreferenten Markus Lenhard und meinem Pressesprecher Heimo Lepuschitz betreut. In die Organisation waren noch die Fachreferenten Mag. Roland Weinert und Mag. Elisabeth Planner eingebunden.

Frage 21:

Ich verweise auf die Beantwortung der Fragen 2 bis 9 und 13 bis 15.

Frage 22:

Nein, dies war nicht der Fall.

Frage 23:

Es sind keine derartigen Kosten entstanden.

Frage 24:

Nein, da kein Gesamtkonzept erstellt wurde. Die Vorbereitung der Sprechtage, wurde - wie schon in der Vergangenheit - von Mitarbeitern meines Kabinetts durchgeführt.

Frage 25:

Diese Anzeige kostete € 5.184,00 (zzgl. 5 % Werbeabgabe und 20 % USt.).

Fragen 26 und 27:

Die Frage 24 bezieht sich auf eine Ausschreibung. Sofern das bei Frage 25 nachgefragte Inserat gemeint ist, ist die Frage 26 zu verneinen.

Frage 28:

Das erwähnte Inserat wurde von der Presse- und Informationsabteilung des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz gestaltet.

Frage 29 bis 32:

Es wurden und werden keine "Werbemaßnahmen für die Zukunft Österreich Tour" getätigt, sondern es wurden und werden weiterhin einzelne Termine der Frau Bundesministerin bzw. des Herrn Staatssekretärs, die im Zuge der Bürgersprechtage, die unter dem Titel „Zukunft Soziales Österreich“ stattfinden, zum Zwecke der Bekanntmachung medial angekündigt.

Fragen 33 bis 35:

Nachstehende von mir wahrgenommene Bürgersprechtagestermine wurden medial wie folgt angekündigt:

Sprechtage:	Medium:	Datum:	Kosten:
13.5.2005 in Spittal/Drau	Kleine Zeitung Ktn.	12.5.2005	€ 2.293,20
	Kronen Zeitung Ktn.	13.5.2005	€ 3.375,00
	Kärntner Woche	11.5.2005	€ 1.820,00

17.5.2005 in Deutschlandsberg	Kleine Zeitung Stmk. Steiermark Woche	17.5.2005 19. Kalenderw.	€ 3.744,00 € 3.736,00
23.5.2005 in Wr. Neustadt	NÖN Kronen Zeitung Kurier	23.5.2005 22.5.2005 22.5.2005	€ 1.441,80 € 3.591,00 € 999,00
1.6.2005 in Bregenz	Kombi: Vorarlberger NR/ Neue Vbg. Tageszeitung	31.5.2005 31.5.2005	 € 3.991,68

Sämtliche Preisangaben verstehen sich netto (daher ohne 5 % Werbeabgabe und ohne 20 % Umsatzsteuer).

Bürgersprechtage des Herrn Staatssekretärs Dolinschek:

11.3.2005 in der Steiermark	Obersteirer Nachrichten Murtaler Nachrichten (diese Zeitung ist auf 12.3. datiert, erscheint aber am 10.3.) Obersteirer Nachrichten	4.3.2005 12.3.2005 10.3.2005	€ 819,00 € 786,07 € 1.209,60
18.5.2005 in Wien	Kronen Zeitung Wien	17.5.2005	€ 6.531,84
20.5.2005 in der Steiermark	Kleine Zeitung Graz Kronen Zeitung Steiermark	19.5.2005 19.5.2005	€ 4.898,88 € 6.276,70

Sonstige Personen, Institutionen oder Firmen waren an der Information über die „Zukunft Soziales Österreich“-Veranstaltungen nicht beteiligt.

Frage 36:

Nein, da für die dargestellte Information über die Bürgersprechtage kein „Werbekonzept“ erforderlich ist.

Mit freundlichen Grüßen

